



Liebe Leserin, lieber Leser

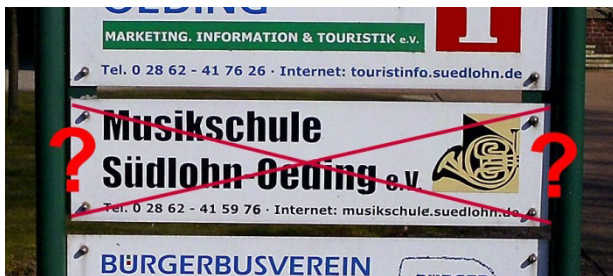
Wir hoffen, Ihnen auch mit dieser Ausgabe wieder viele interessante Informationen geben zu können. Informationen, welche Sie in der örtlichen Presse leider nicht und zum Teil auch „verdreht“ oder unvollständig wiederfinden.

Kulturelle Fort- und Ausbildung Ade?

Schon im vergangenen Jahr machte die Mehrheit im Rat der Gemeinde Südlohn einen fatalen Schritt – Es wurde, ohne Notwendigkeit, der Vertrag mit dem Musikschulverein gekündigt.

Hier wird versucht, einen Teil des Geldes, welches an anderer Stelle mit vollen Händen ausgegeben wurde, auf Kosten der kulturellen Bildung in der Gemeinde einzusparen.

Jetzt hat die Musikschule alle Ausbildungsverträge mit Blasinstrumentenschüler/Innen zum Schuljahresende gekündigt. Was wird jetzt aus diesen Schüler/Innen? Und was wird in Zukunft aus der Großen Sparte „musikalische Früherziehung“ der Musikschule?



Eine handlungsfähige Zusage zum vorgelegten, vagen Konzept der neuen Musikschulleitung durch die musizierenden Vereine ist bis dato nicht an die Öffentlichkeit gedrungen.

Das alles hätte keiner Kündigung des Vertrages bedurft. Bei einem offenen Diskussionsprojekt hätten in sich geschlossene, handlungsfähige Konzepte mit den Vereinen erstellt werden müssen, die dann unter Umständen zu einer Vertragsänderung mit dem Musikschulverein geführt hätte.

Es stellt sich hier die Frage: „Wie viel Kultur und kulturelle Bildung wollen wir uns als politische Gemeinde und somit alle zusammen leisten? Wollen wir ein Ort fast ohne allgemeine, öffentliche kulturelle Bildung werden?“

Wenn es so weiter geht wie bisher, sparen wir zwar 90.000,00 € bei der Musikschule, wir ersparen uns aber auch bald jegliche öffentliche kulturelle Grundlage der Gemeinde!

Erhalten wir zu viel Aufwandsentschädigung?

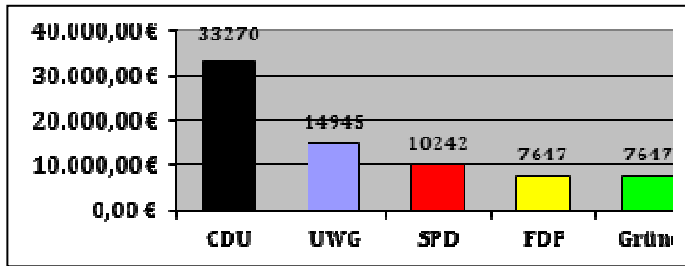
In der örtlichen Presse war jüngst zu lesen, dass die Gemeinde pro Jahr ca. 85.000 Euro für Aufwandsentschädigung und Sitzungsgelder für die Fraktionen, Rat und Bürgermeister berappen muss. Wie sich dieser Betrag zusammensetzt, war dem Artikel leider nicht zu entnehmen. Aus diesem Grund erhalten Sie an dieser Stelle eine Übersicht der einzelnen Entschädigungen.

Ziffer:	Funktion:	Aufwandsentschädigung:
1	1. ehrenamtl. stellv. Bürgermeister	567,60 € / Monat
2	2. ehrenamtl. stellv. Bürgermeister	283,80 € / Monat
3	Fraktionsvorsitz. Fraktion von mehr als 10 Ratsmitglieder (RM)	567,60 € / Monat
4	stellv. Fraktionsvorsitzender einer Fraktion von mehr als 10 RM	189,20 € / Monat
5	Fraktionsvorsitzender einer Fraktion unter 11 RM	378,40 € / Monat
6	Ratsmitglied	101,80 € / Monat
7	Sitzungsgeld (Ausschuss / Rat)	17,50 € / Sitzung
8	Sitzungsgeld (Fraktionssitzung)	17,50 € / Sitzung (max. 12 im Jahr)
9	Druckkostenzuschuss	50,00 € einmalig pro Jahr

Quelle für die Zahlen ist der Haushaltsplan 2013

Zusätzlich erhält jede Fraktion jährlich eine Grundzuwendung von 511,00 € zzgl. 76,00 € pro Ratsmitglied. Hieraus ergeben sich die nachfolgenden Aufwandsentschädigungen.

Aufwandsentschädigung pro Jahr (gerundet lt. Haushalts-



plan 2013)

Die Zahlen beinhalten die Aufwandsentschädigungen der auf Seite 1 Ziffern 1 – 6 zuzüglich der Fraktionszuwendungen. Die Sitzungsgelder lassen sich nicht pauschal berechnen, da sie abhängig von der Anzahl der besuchten Sitzungen errechnet werden müssen.

Nun können Sie für sich entscheiden ob die Fraktionen, die sachkundigen Bürger/Innen oder Ratsmitglieder zu viel Aufwandsentschädigung erhalten. Bei der Betrachtung sollten Sie den erheblichen Zeitaufwand für die Vorbereitung und Teilnahme an den Sitzungen, Recherche, Antragserstellung, Weiterbildung, Fraktionsgeschäftsführung etc. nicht außer Betracht lassen.

Ratsverkleinerung

Seit gut 6 Monaten wurde, auf Grund der Initiative des Bürgermeisters, eine erneute Ratsverkleinerung von derzeit 26 auf 22 Ratsmitglieder in den verschiedensten Sitzungen diskutiert. Durch die Berichterstattung in der örtlichen Presse wurden unsere Beweggründe zur Ablehnung einer erneuten Ratsverkleinerung verfälscht dargestellt. Die Grünen haben die Ratsverkleinerung nicht abgelehnt, weil sie Angst um Ihren Fraktionsstatus haben. Die Gemeindeverwaltung hatte uns eine Proberechnung zur Verfügung gestellt. Diese Proberechnung besagte, bei gleichem Wählerverhalten, dass die Größe des Rates sich nicht ver-



Konkurrenz hebt das Geschäft!

ändern würde. D.h. der Rat der Gemeinde Südlohn würde auch ab der Legislaturperiode 2014 aus 26 Ratsmitgliedern bestehen, da 4 Ausgleichs-/Überhangmandate vorhanden wären. Weiterhin haben wir uns zu den möglichen Einsparmöglichkeiten nicht geäußert, da diese sehr fraglich waren. Bei mög-

lichen Ausgleichs-/Überhangmandate wäre der Einspareffekt gleich NULL gewesen.

Die örtliche Presse war auch der Meinung, dass weniger Politiker im Gemeinderat gleichbedeutend ist mit mehr Qualität und weniger Kosten. **Nach unserer Ansicht ist genau das Gegenteil der Fall:** Ein mehr an Ratsmitgliedern bedeutet zunächst einmal ein mehr an Demokratie. Es bedeutet auch ein mehr an Qualität, sofern eine größere Meinungsvielfalt zu einer qualitativen Verbesserung der dann erfolgten Beschlüsse bedeutet. Weniger Vertreter bedeutet gleichzeitig weniger Vielfalt und damit ggfls. weniger gute Diskussionen und daraus resultierender Ergebnisse.

Weiterhin haben wir in allen Sitzungen (öffentlich und nicht öffentlich) immer eine **Unrechtmäßigkeit einer erneuten Reduzierung des Rates** als Argument vorgebracht. Für unsere Meinungsbildung haben wir uns im Vorfeld drei qualifizierte Meinungen dazu eingeholt, u.a. vom Innenministerium. Alle haben uns mitgeteilt, dass eine nochmalige Verkleinerung rechtlich nicht möglich ist. Die Verwaltung hatte in der Sitzungsvorlage ebenfalls ein nicht unerhebliches Beanstandungs- und Prozessrisiko gesehen. Was sollten wir nach Ihrer Meinung tun? Nach diesen Gegebenheiten war uns das Risiko einfach zu hoch, da die Folgekosten (Prozessrisiko, mögliche Wiederholung der Kommunalwahl und Imageverlust) nicht berechenbar waren, zumal wir dann aus unserer Sicht **gesetzeswidrig** gehandelt hätten. Aus diesem Grund haben wir die Reduzierung des Rates abgelehnt.

Der Gemeindehaushalt und unsere Meinung dazu!

Wenn Sie eine Planung von Einnahmen und Ausgaben für Ihren Haushalt vornehmen, wie würden Sie dann vorgehen? Da gibt es 3 Möglichkeiten:

1. Möglichkeit: Sie gehen optimistisch ans Werk. Das bedeutet, dass Sie sämtliche Einnahmen so hoch wie möglich ansetzen, die Ausgaben möglichst niedrig veranschlagen.
2. Möglichkeit: Sie setzen die Werte möglichst pessimistisch an. Dann würden die Einnahmen sehr niedrig, die Ausgaben möglichst hoch angesetzt.
3. Möglichkeit: Sie gehen realistisch ans Werk und setzen die Einnahmen und die Ausgaben möglichst der Realität entsprechend an.

Nun können Sie im Fall 1 davon ausgehen, dass das am Ende des Jahres eintretende Ist-Ergebnis deutlich abweichen wird und Sie Gefahr laufen, dass Sie am Ende des Jahres ein deutliches Minus in der Kasse haben. Würden Sie das mehrere Jahre so handhaben, dann stünde Ihnen wahrscheinlich nur der Weg in die Insolvenz offen.

Im Fall zwei würden Sie am Jahresende höchstwahrscheinlich ein dickes Plus in der Kasse erwarten können. Die Folge wäre, dass Sie möglicherweise Investitionen nicht getätigt haben, obwohl sie dringend erforderlich wären.

Im dritten Fall würden Sie über Jahre hinweg möglicherweise eine ausgeglichene Kasse vorfinden und damit auch in der Zukunft eine solche „Haushaltspolitik“ mit hoher Wahrscheinlichkeit weiter betreiben.

Nun ist das mit den Haushaltsansätzen der Gemeinde über Jahre immer nach der gleichen Methode gelaufen: Man hat die Einnahmen deutlich zu niedrig angesetzt, die Ausgaben einigermaßen realistisch eingeschätzt.

Das führte regelmäßig dazu, dass die in den Haushaltsberatungen vorhandene Verhandlungsmasse immer wieder wesentlich zu gering war. Das heißt, dass insbesondere die Opposition nur minimale Chancen hatte, eigene Ideen zu Projekten selbst einzubringen, denn der Kuchen war bereits verteilt, bevor die Haushaltsberatungen anstanden.

Ein weiterer Punkt war, dass die Opposition, so sie denn eigene Vorschläge eingebracht hatte, automatisch Gegenfinanzierungsvorschläge bringen musste, wenn sie überhaupt eine Chance haben wollte, darüber verhandeln zu können, geschweige denn sie positiv entschieden zu bekommen.

In den von uns untersuchten Jahren ist es - vor allen in den Jahren, in denen die Einnahmeansätze deutlich unter den Ist-Zahlen angesetzt wurden - zu enormen außerplanmäßigen Ausgaben innerhalb des Jahres gekommen. Diese Ausgaben wurden dann in der Regel von der Mehrheitspartei vorgeschlagen, oder zumindest unterstützt. Wir haben uns die Mühe gemacht, und einmal die Ansätze der Gewerbesteuer für die bereits die Ist-Zahlen vorliegen, unter die Lupe genommen. Es handelt sich dabei um die letzten 4 Jahre, für die die Jahresabschlusszahlen vorliegen:

Jahr	Haushaltsansatz	Ist – Zahlen	Differenz
2008	2.900.000 €	3.042.594 €	+ 142.594 €
2009	2.400.000 €	3.134.071 €	+ 734.071 €
2010	2.400.000 €	3.691.980 €	+ 1.191.980 €
2011	3.390.000 €	3.701.203 €	+ 311.203 €

Für das Jahr 2012 liegen noch keine endgültigen Abschlusswerte vor, daher haben wir diese Zahlen nicht in Ansatz gebracht.

Die Begründung für die von uns heftig kritisierten glatten Fehlansätze war, dass man die Zahlen nur schwerlich schätzen könne. Dabei reicht ein Anruf bei den wenigen Gewerbesteuerzahlern in der Gemeinde um zu handfesten Zahlen zu gelangen.

Wie Sie aus den Zahlen erkennen können, wurden in den Jahren 2008 bis 2011 fast 2,4 Millionen Euro so der Haushaltsberatung vorenthalten.

Wir haben nun den Haushaltsentwurf 2013 unter die Lupe genommen, um gezielt nach vorenthaltenen Einnahmen Ausschau zu halten und sind dabei prompt fündig geworden.

Haushaltsansätze besonders in den niedrigeren Größenklassen wurden teilweise deutlich mehr als 100% niedriger angesetzt, als im durchschnittlichen 3-Jahres-Verlauf festzustellen. Begründet wird das immer wieder mit der vorsichtigen Vorgehensweise der Verwaltung.

Wenn man denn eine so vorsichtige Haushaltsplanung vorgibt, dann hätte man z.B. seit Jahren Rückstellungen bilden müssen z.B. für die Finanzierung der Zubringerstraße von der Umgehung in den Ortskern Oedings und den starken Rückbau der dann in Gemeindestraßen umgewidmeten Winterswijker- und Jacobistraße, die Kosten in Millionenhöhe verursachen werden. Ferner hätte man Rückstellungen bilden müssen für die dringend notwendigen Reparaturen der Wirtschaftswege flächendeckend in beiden Ortsteilen, die man seit einigen Jahren auf Minimalflamme laufen lässt. Doch dann wird das abgetan mit der Bemerkung, dass dazu keine konkreten Zahlen und damit Notwendigkeiten vorlägen.

Wir vermuten, dass hier bewusst niedrige Ansätze gewählt worden sind, um für so genannte Unwägbarkeiten - in Form plötzlich auftretender dringend notwendiger Ausgaben - Spielräume zu haben. Ein weiterer Grund ist sicherlich, dass man jeweils nach Jahresabschluss dann in der Presse kundtun kann, man hat ja wieder einmal sparsam gewirtschaftet und es sind dabei Zahlen herausgekommen, die beruhigend wirken sollen.



Alle Jahre wieder werden dann die am Jahresende festgestellten Überschüsse in die Rücklage der Gemeinde eingestellt, wie es gesetzlich vorgeschrieben ist. Damit sind diese Mehrerträge der politischen Diskussion entzogen, was aus unserer Sicht nicht akzeptabel ist. Wir sind für eine realistische Haushaltspolitik, die allerdings auch Spielräume für politische Diskussionen lassen, einschließlich der Tatsache, dass man dann auch über die Höhe von Einstellungen in die Rücklage sprechen muss. Das alles geschieht nicht, solange man teilweise Mondansätze in den Haushalt einstellt, wie es teilweise geschieht.

Grüne gehen behutsam mit dem Geld der Gemeinde um!

In der örtlichen Presse war dies in den vergangenen Wochen leider nicht so vermittelt worden. **Wir wollen nun noch einmal genauer hinschauen:**

Wir Grünen sind immer bemüht, mit den Steuergeldern vorsichtig und gerecht umzugehen. Denn es ist unser **Aller** Geld. Der Haushalt unserer Gemeinde lässt derzeit keine großen Sprünge zu, so dass wir uns zur Aufgabe gemacht haben, unsere Gemeinde mit geringen Mitteln noch ein bisschen lebenswerter zu machen. In unseren Anträgen achten wir immer darauf, dass die Umsetzung möglichst kostenneutral geschehen kann. An dieser Stelle seien nur einige Beispiele genannt:

- Durch unseren Antrag "Bürgerhaushalt", haben wir den Bürger/Innen unserer Gemeinde eine weitere Möglichkeit zur besseren Mitwirkung ermöglicht. Hierdurch wird die Demokratie noch weiter gestärkt
- Um Fehlinvestitionen zu vermeiden und eine genauere Folgekostenabschätzung zu ermöglichen, haben wir - was in der freien Wirtschaft schon Jahrzehnte praktiziert wird - eine Investitionsrechnung für alle geplanten Investitionsmaßnahmen beantragt. Dieser Antrag wurde von der Mehrheit des Rates abgelehnt
- Seit nun knapp zwei Jahren haben wir, auf Grund unsere Initiative, auf einigen Gemeindedächern Photovoltaikanlagen installiert. Die Gemeinde ist dadurch in der Lage in den nächsten Jahren Erlöse zu erzielen. Diese Erlöse wären deutlich höher ausgefallen, wenn die Gemeinde - wie von uns gefordert - früher investiert hätte



Die Photovoltaikanlage auf der Jakobi-Grundschule

- In der jüngsten Kultur-, Jugend- und Sportausschusssitzung haben wir die Zertifizierung unserer Kitas und Schulen nach dem DEG-Qualitätsstandards für die Mittagsverpflegung beantragt. Hierdurch

hätten wir die Möglichkeit gehabt, den guten Standard auch nach außen zu kommunizieren und so unseren Einrichtungen zu stärken

- Auf Grund unseres Antrages wird auf dem gemeindlichen Parkplatz Fürstenberg/Ecke Kirchstraße gegenüber der Praxis Korten zwei Behindertenparkplätze eingerichtet. Hierdurch wird es den Menschen mit Handicap endlich ermöglicht - ohne großen Aufwand - die Südlohner Geschäfte zu besuchen
- In der jüngsten Ratssitzung haben wir einen Antrag gestellt, dass in Zukunft nur noch ein stellv. Bürgermeister gewählt wird. Hierdurch wäre die Gemeinde in der Lage gewesen jährlich ca. 3.400 € zu sparen. Dieser Antrag wurde nicht zur Abstimmung gebracht, da Bedenken bestanden, dass nicht alle Termine (Jubilare etc.) wahrgenommen werden könnten. Zu Beginn der nächsten Legislaturperiode werden wir eine erneute Initiative starten und gleichzeitig einen Lösungsvorschlag zu den vorgebrachten Bedenken präsentieren.

Außerdem sind von uns bei den letzten Haushaltsberatungen im Haupt- und Finanzausschuss verschiedene Vorschläge zur besseren Förderung des Ehrenamts und zur Verbesserung der Gemeindefinanzen gemacht worden. Zur Vereinsförderung haben wir einen automatischen Inflationsausgleich für den seit Jahren unveränderten Jahrespauschalförderbetrages gefordert. Weiterhin haben wir die Überprüfung der Ausgaben für die Unterbringung des Gemeindearchivs angesprochen. Wir haben einen Bürgerwindpark bei der Kläranlage angeregt. Dieser könnte zur Deckung des dortigen Strombedarfs genutzt werden.

Es haben leider nicht alle Anträge eine Mehrheit in den Gemeinderatssitzungen gefunden, aber das kann sich noch ändern. Wir werden hier hartnäckig sein.

Der Effekt der Ablehnung einiger Anträge war auch, dass die Gemeinde Südlohn **keine** Erträge erzielen konnte.

Gegen-Darstellung

Grünen sprechen sich nicht gegen Baumfällungen aus.

Diese Aussage ist nicht richtig.

Alle planbaren Baumfällungen wurden in den Gremien (Rat und Bauausschuss) von uns kritisch begleitet. Wir haben z.B. den Baumfällungen im Ortskern Südlohn nicht mitgetragen

Umgehungsstraße Oeding Eine unendliche Geschichte

Die ach so vehement geforderte Umgehung Oeding wird der Gemeinde Millionen kosten!

Die Gutachter haben deutlich in die Gutachten hineingeschrieben, dass diese Umgehung nur dann Sinn macht, wenn von der Umgehung eine Zubringerstraße in den Ort hinein über die Schlinge gebaut wird. Sie haben ferner mitgeteilt, dass dann die jetzige Durchgangsstraße stark zurückgebaut werden muss, um die erhoffte Entlastung dieser zu erzielen.



Besichtigung der Trasse mit Mitgliedern des Regionalrates und der BI

Die Zubringerstraße, die eine Gemeindestraße sein wird, muss mit einem sehr aufwändigen Brückenbauwerk über die Schlinge gebaut werden. Fachleute schätzen diese Straße inklusive Brücke auf deutlich mehr als 1 Million Euro. Ferner dürften die Kosten für die deutliche Verkehrsberuhigung der sehr breiten Straße im Ort – die dann auch Gemeindestraße sein wird – mindestens 300.000 Euro kosten. Die Folgekosten für beide Projekte sind hier nicht berücksichtigt. Allein die Abschreibung der Projekte führt dann dazu, dass die Gemeinde den Gürtel deutlich enger schnallen muss. Es werden dann über Jahre hinweg keine größeren Investitionen mehr möglich sein! Werden diese Investitionen nicht getätigt, kommt es nicht annähernd zu der prognostizierten Entlastung der jetzigen Ortsdurchfahrt. Damit ist diese Umgehung schon deshalb fraglich, weil die Gemeinde die Folgekosten absehbar zeitnah nicht schultern kann. Bis heute haben die Befürworter dieser Umgehung nicht ein Wort zu der Finanzierung der Projekte gesagt. Der Gemeindehaushalt weist – trotz mehrfacher Aufforderung unsererseits – bis heute keinerlei Ansätze für die zukünftige Finanzierung auf. Diese Trassenführung der Umgehung ist aus städtebaulichen, verkehrlichen und Umweltgründen sowie der (Folge)Kosten eine glatte Fehlplanung und wird deshalb von uns Grünen abgelehnt. Im Übrigen wird mit dieser „Umgehung“ in erster Linie das Ziel verfolgt, Verkehre europaweit möglichst kos-

tengünstig laufen zu lassen und nicht die Entlastung der an den Straßen wohnenden. Die Folge für Oeding ist ein mehr an Verkehr mit allen Nachteilen für Mensch und Natur!

Bürgerwindpark?



Wir Grüne haben in der Vergangenheit x-mal Anträge zu Fotovoltaik und Windkraft gestellt. Leider hat die Ratsmehrheit, hier insbesondere die CDU, diese Anträge mit fadenscheinigen Begründungen abgelehnt. So sind Fotovoltaik Anlagen auf den gemeindeeigenen Dächern erst mit vielen Jahren Verspätung und dann auch noch mit niedrigerer Einspeisevergütung installiert worden. Das hat der Gemeinde Einnahmeverluste im Bereich von mehr als 100.000 Euro gebracht!

Die Gemeinde hatte einen Gutachter mit der Ermittlung von Windkraftzonen beauftragt. Herausgekommen sind dabei drei Windkraftzonen, von denen gleich zwei politisch nicht gewollt waren. Die übrig gebliebene Zone wurde auch noch prompt mit einer 100-m Höhenbegrenzung bedacht. Dabei muss man wissen, dass jede Anlage nach Abschreibungsphase bei 150-m-Anlagen eine Gewerbesteuererinnahme von mindestens ca. 12.000 Euro pro Jahr für die Gemeinde hätte bringen können. Das wären bei 12 Anlagen jährliche Mehreinnahmen von mindestens 144.000 Euro gewesen. Die gleiche Partei stellt sich nun als der große Sparer hin! Rätselhaft ist auch die Frage, wieweit es mit christlicher Überzeugung zu tun hat, wenn man die positiven Auswirkungen sieht, die diese Anlagen auf die Umwelt und die Erderwärmung hätten, so sie denn installiert worden wären.

Wir werden in dem Zusammenhang einen Antrag an den Rat richten, der eine Unterstützung der Gemeinde bei der Errichtung von Bürgerwindparks beinhaltet. Es soll jeder Bürger die Möglichkeit erhalten, aktiv an der Verbesserung von Klima und Umweltschutz mitzuwirken.

Gegen-Darstellung

- Grüne sprechen sich gegen die Ratsverkleinerung aus, weil wir Angst um unseren Fraktionsstatus haben. **Diese Aussage ist nicht richtig.** Wir haben

uns gegen die Ratsverkleinerung ausgesprochen, da wir erhebliche rechtliche Bedenken haben. Hier zu haben wir eine umfangreiche Stellungnahme auf unsere Homepage gestellt.

- Grüne sprechen sich für eine nicht öffentliche Diskussion über die Ratsverkleinerung aus. **Diese Aussage ist nicht richtig.** Nur dem Bürgermeister obliegt es, Themen in öffentlich und nicht öffentlich einzustufen. Sollten Inhalte aus nicht öffentlichen Sitzungen an die Presse gespielt werden, handelt es sich um einen klaren Verstoß gegen die Gemeindeordnung und gleichzeitig um einen Vertrauensbruch.

Mehr Informationen:

- www.gruene-suedlohn.de
und seit kurzem auch unter
- www.facebook.com/Gruene.Suedlohn

Stillstand bei der Sanierung der Wirtschaftswege!

Seit nunmehr mehreren Jahren geschieht fast nichts mehr zur Sanierung der Wirtschaftswege rund um unsere Gemeinde. Teilweise findet man Schlagloch an Schlagloch.

Dabei ist doch das reichhaltige Netz der Wirtschaftswege ein „Pfund“ mit dem wir gerade im Bereich des Tourismus werben.

Wenn aber der Tourist sein Fahrrad lieber um die Schlaglöcher schiebt, da man nicht mehr ohne Gefahr fahren kann, wird er demnächst wohl wegbleiben.



Sehen unsere Wirtschaftswege bald alle so aus?

Aber auch für die Einheimischen hat die „münsterländische Parklandschaft“ einen hohen Erholungswert. Und dieser Erholungswert wird systematisch „kaputtgespart“.

Sicher will die Gemeinde auch die Landwirtschaft zur Erhaltung der Wirtschaftswege mit ins Boot holen, doch es scheint in dieser „Chefsache“

kaum Bewegung zu geben. Auf Nachfragen wird man immer wieder mit den Worten vertröstet: „Wir sind im Gespräch!“

Das ist aber kein Grund, keine Rückstellungen im



Da mag bald niemand mehr Radfahren.

Haushalt für die Sanierung in Zukunft einzustellen. Es läuft ein immer größer werdender Rückstau an Sanierungsbedarf an und dieser muss mindestens zum Teil auch von der Gemeinde getragen werden. Und wenn es dann endlich so weit ist, dass Einigkeit mit der Landwirtschaft besteht, muss viel saniert werden, aber das Geld der Gemeinde reicht dann nicht für alles.

Auch wir Verbraucher legen Geld zur Seite, wenn wir wissen, dass größere Ausgaben auf uns zu kommen. Warum macht das die Gemeinde nicht?

Wir werden auf alle Fälle wieder beantragen, dass es endlich mit der Sanierung der Wirtschaftswege weitergeht, zu mindestens aber Rückstellungen im nächsten Haushalt für die Sanierung in Zukunft gemacht werden.

Kontakt:

Südlohn:

Rickers, An't Kruse Bömken 3

Tel.: 02862/97097

Oeding:

van de Sand, Burloer Str. 13

Tel.: 02862/580065

Fraktionsvorsitzender:

Josef Schleif, Hinterm Busch 18

Tel.: 02862/6519